

AGMV-Geschäftsstelle des DWBO • PF 33 20 14 • 14180 Berlin

An die  
Mitarbeitervertretungen der Mitgliedseinrich-  
tungen im DWBO

An die  
AGMV-Newsletter-Abonnentinnen  
und -Abonnenten

**AGMV**

**Newsletter-  
03/2013**

**Arbeitsgemeinschaft der  
Mitarbeitervertretungen**

Geschäftsstelle:  
Jeanette Klebsch  
Paulsenstr. 55/56  
12163 Berlin

Tel. 030 820 97-192  
Fax 030 820 97-193  
agmv@dwbo.de  
www.agmv-dwbo.de

Berlin, 02. April 2013

**Korrespondenz zwischen AGMV-Vorstand und dem Vorstand der Diakonie Deutsch-  
land – Einsatz der Diakonie für eine Pflegevollversicherung –**

Liebe Mitarbeitervertreter/innen,  
liebe Leser/innen,

beigefügt erhalten Sie mit dem Newsletter 03/2013 den o.g. Schriftwechsel – Einsatz der Dia-  
konie für eine Pflegevollversicherung – zu Ihrer Information.

Mit freundlichen Grüßen

Jeanette Klebsch  
Im Auftrag des AGMV-Vorstandes

Anlagen:

1. Schreiben vom 6. März 2013 (AGMV-Vorstand an Vorstand Diakonie Deutschland)
2. Antwortschreiben von Frau Loheide (Vorstand Sozialpolitik) vom 21. März 2013
3. Offener Brief vom 2. April 2013 (AGMV-Vorstand)

DWBO • PF 33 20 14 • 14180 Berlin

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung  
Präsident, Oberkirchenrat Johannes Stockmeier  
Vorstand Sozialpolitik, Maria Loheide  
Vorstand Recht, Sozialökonomie / Personal,  
Dr. Jörg Kruttschnitt

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

**AGMV**

Arbeitsgemeinschaft der  
Mitarbeitervertretungen

Geschäftsstelle:  
Jeanette Klebsch  
Paulsenstr. 55/56  
12163 Berlin

Tel. 030 820 97-192  
Fax 030 820 97-193  
agmv@dwbo.de  
www.agmv-dwbo.de

## Einsatz der Diakonie Deutschland für eine Pflegevollversicherung

Berlin, 06. März 2013

Sehr geehrter OKR Stockmeier,  
sehr geehrte Frau Loheide,  
sehr geehrter Dr. Kruttschnitt,

wir regen mit diesem Schreiben dringend an, dass die Diakonie Deutschland sich im Wahljahr 2013 öffentlichkeitswirksam mit allen ihr sinnvoll zur Verfügung stehenden Mitteln für die Einführung einer Pflegevollversicherung einsetzt.

Lassen Sie uns dies begründen:

### **1. Die bisherige gesetzliche Pflegeversicherung ist nicht in der Lage, das individuelle Pflegerisiko abzudecken.**

Männer zahlen im Lebensverlauf durchschnittlich 21000,-€ privat zu ihrer Pflege dazu, Frauen 45000,-€ (Barmer GEK Pflegereport 2012). Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen werden daher von Angehörigen leider häufig vorwiegend nach dem Kostengesichtspunkt ausgewählt. Fragen, die die Qualität der Pflege betreffen, wozu auch ausreichendes und angemessen entlohntes Personal gehört, geraten dabei häufig in den Hintergrund.

Die Ausweitung der privaten Vorsorge mit entsprechenden Anreizen dazu („Pflege-Bahr“) zielt auf eine weitere Entsolidarisierung und Individualisierung von Lebensrisiken und hat zur Folge, dass gerade diejenigen, die sie perspektivisch oft am nötigsten hätten, sich eine solche zusätzliche private Absicherung oft schlicht nicht leisten können. Gefördert wird in jedem Fall die private Versicherungswirtschaft.

### **2. Eine klare Alternative zur unter 1. dargestellten gesamtgesellschaftlichen Problematik stellt der Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung zu einer solidarischen Pflegevollversicherung dar.**

Sie würde einerseits solidarisch finanzierte angemessene Pflegeleistungen für alle ermöglichen und andererseits zu einer Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Einkommen der Mitarbeitenden in der Pflege einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten, was für die Zukunftsfähigkeit der Pflege (Stichwort: Fachkräftemangel) dringend erforderlich ist.

Die Gewerkschaft ver.di hat hierzu ein von einem Gesundheitsökonomener erstelltes Gutachten vorgelegt, siehe <http://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++9ab6a8ea-2f17-11e2-bf66-52540059119e>

Die Diakonie kann mit dem Einsatz für eine Pflegevollversicherung ihrer sozialanwaltlichen Rolle für die Pflegebedürftigen gerecht werden und einen wichtigen Beitrag zur Refinanzierung einer angemessenen Pflege leisten kann. Das betrifft dann auch die Mitarbeitenden in der Diakonie, wo von Dienstgeberseite gerade in der Pflege, wegen zu schlechter Refinanzierung, immer wieder branchenspezifische Lösungen, sprich Absenkungen, gegenüber dem Niveau in anderen Arbeitsfeldern gefordert werden. Ohne vollen Einsatz des Verbandes für eine angemessene Refinanzierung käme dies bei den eigenen Mitarbeitenden sehr schlecht an.

### **3. Signal: Diakonie und ver.di ziehen in einer wichtigen gesamtgesellschaftlichen Frage an einem Strang**

Dieses Signal ist sowohl nach innen, als auch nach außen wichtig. Es bedeutet, dass beide als maßgebliche Akteure im sozialen Bereich in der Lage sind, trotz der Auseinandersetzung um das diakonische Arbeitsrecht, gemeinsam wichtige Impulse für eine solidarische und menschliche Gesellschaft zu setzen.

Da wir 2013 Bundestagswahlen haben und es sich bei dem Thema um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt, sehen wir hier in erster Linie die Diakonie Deutschland in der Pflicht.

Sie können für pflegende und gepflegte Menschen einen wichtigen Beitrag leisten, indem Sie helfen dieses Thema ganz nach vorne zu bringen, was heißt, alle Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit dafür zu nutzen: Presseerklärungen, Tagungen, Wahlprüfsteine, Nutzung ohnehin gebuchter Plakatwerbung durch zusätzliche Banner, die auf nähere Erläuterungen im Internet verweisen, Flyer.... Wenn möglich, sollte sich auch die EKD unterstützend einbringen.

Sollte es in der ver.di –Studie ggfs. einzelne Unschärfen geben, sollte Sie dies von einer Unterstützung dennoch nicht abhalten. Die „Sorge“, dass ein vernünftiger pflegepolitischer Vorschlag 1:1 umgesetzt wird, brauchen wir alle miteinander nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre wohl nicht zu haben.

Dieses Schreiben bleibt zunächst ein kirchen-und diakonieinternes Papier. Kopien gehen zur Kenntnisnahme nur an den Rat der EKD, die Kirchenleitung der EKBO und den Vorstand des DWBO.

Allerdings sehen wir uns in der Pflicht, gerade vor dem Hintergrund der oben erwähnten Spartendiskussionen, mit allem denkbaren Nachdruck für eine angemessene Refinanzierung der Pflege einzutreten.

Wir bitten um Ihr Verständnis dafür, dass wir uns vorbehalten, dieses Schreiben nach Ostern - speziell dann, wenn Sie unserer dringenden Anregung nicht folgen wollen – zu veröffentlichen.

In der Hoffnung auf eine ermutigende Antwort von Ihrer Seite verbleibt

mit freundlichen Grüßen für den AGMV-Vorstand





Diakonie Deutschland | Postfach 40164 | 10061 Berlin

An die  
Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen  
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-  
schlesische Oberlausitz e.V.  
Frau Jeanette Klebsch  
Paulsenstraße 55/56  
12163 Berlin

Vorstand Sozialpolitik

Maria Loheide  
Caroline-Michaelis-Str. 1  
10115 Berlin  
Telefon: +49 30 652 11-1632  
Telefax: +49 30 652 11-3632  
maria.loheide@diakonie.de

Berlin, 21. März 2013

**Ihr Schreiben vom 06. März 2013 – Einsatz der Diakonie für eine  
Pflegevollversicherung**

Sehr geehrte Frau Klebsch,

im Namen der Leitung der Diakonie Deutschland bedanke ich mich ganz herzlich für Ihr Schreiben vom 06. März 2013, in dem Sie anregen, dass sich die Diakonie Deutschland öffentlichkeitswirksam für die Einführung einer Pflegevollversicherung einsetzen möge.

Die Finanzierung der Pflegeversicherung ist ein elementarer Punkt, bei dem die Politik gefordert ist, dringend notwendige Weichenstellungen vorzunehmen.

Im Rahmen unserer Aktion „An die Pflege denken!“ machen wir uns stark dafür, dass die Finanzierung der Pflege solidarisch getragen werden und die soziale Pflegeversicherung dauerhaft auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden muss. Wir brauchen Strukturen, die das Pflegerisiko gerade auch für Menschen mit geringem Einkommen absichern. Deshalb muss bei den Überlegungen zur Finanzierung der Pflege ein gerechter und solidarischer Weg gefunden werden, der alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht, der die Lasten gerecht verteilt und die Bemessungsgrundlage verbreitert. Eine weitere Privatisierung von Pflegerisiken durch Einführung einer privaten Pflegezusatzversicherung halten wir für nicht zielführend und lehnen dies ab.

Die Pflegevollversicherung ist sicherlich ein möglicher Weg, die Pflegeversicherung, die derzeit nur als „Teilkaskoversicherung“ ausgestaltet ist, weiterzuentwickeln.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir Ihre Argumente und die Ergebnisse des ver.di-Gutachtens in unsere weiteren Überlegungen zur Positionierung einbeziehen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Maria Loheide

Vorstand Sozialpolitik

Diakonie Deutschland  
Evangelisches Werk für  
Diakonie und Entwicklung e.V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

Telefon: +49 30 652 11-0  
Telefax: +49 30 652 11-3333  
diakonie@diakonie.de  
www.diakonie.de

Registergericht:  
Amtsgericht  
Berlin (Charlottenburg)  
Vereinsregister 31924 B

Ev. Kreditgenossenschaft  
Stuttgart  
Konto-Nr. 405 000  
BLZ 520 604 10  
BIC: GENODEF1EK1  
IBAN:  
DE42520604100000405000

USt-IdNr.: DE 147801862

Behindertengerechter Parkplatz  
in der Tiefgarage

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband  
Vorstand Sozialpolitik, Maria Loheide

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

Geschäftsstelle:  
Jeanette Klebsch  
Paulsenstr. 55/56  
12163 Berlin

Tel. 030 820 97-192  
Fax 030 820 97-193  
agmv@dwbo.de

[www.agmv-dwbo.de](http://www.agmv-dwbo.de)

## OFFENER BRIEF

### **Einsatz der Diakonie Deutschland für eine Pflegevollversicherung / Ihr Schreiben vom 21.03.2013**

Berlin, 2. April 2013

Sehr geehrte Frau Loheide,

haben Sie Dank für Ihre Antwort.

Die Aussage, dass Sie „die Argumente und die Ergebnisse des ver.di-Gutachtens in Ihre weiteren Überlegungen einbeziehen werden“, ist uns nicht ausreichend.

Wir erwarten als Vertreter/innen von ca. 52 000 Mitarbeitenden im DWBO, davon viele in der ambulanten und stationären Pflege, eine klare Positionierung „unseres“ Bundesverbandes Diakonie Deutschland, die Einfluss darauf nimmt, wie die Parteien sich zum Thema Pflege im Bundestagswahljahr aufstellen.

Dem genügt der Einsatz der Diakonie Deutschland, bitte sehen Sie uns diese Deutlichkeit nach, bisher in keiner Weise.

Wenn im September Wahlen sind, sollte die Diakonie ihre Überlegungen, welche Themen sie als der evangelische Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege im Wahlkampf nach vorne bringen will, Ende März eigentlich bereits abgeschlossen haben, wenn sie wirklich noch Einfluss auf die Dinge nehmen will.

Eine zögerliche, verspätete Positionierung genügt diesem Anspruch nicht.

Bitte sehen Sie uns die sehr deutliche Wortwahl nach. Sie ist keinesfalls unserer Respektlosigkeit gegenüber der Diakonie Deutschland geschuldet.

Grund unserer sehr deutlichen Forderung ist, dass wir selbst, bzw. die Mitarbeitenden in der ambulanten Pflege und zunehmend auch in der stationären Pflege immer mehr unter Druck kommen.



1. Die Refinanzierung ist so ungenügend, dass auch wir immer wieder vor der Wahl zwischen Pest und Cholera stehen: Soll sich Diakonie (und damit letztlich auch Kirche) aus Arbeitsfeldern, in denen die Refinanzierung nicht die Zahlung der von uns als zumindest akzeptabel angesehenen AVR inklusive ihrer Mantelregelungen ermöglicht, zurückziehen?

2. Oder sollen unsere Vertreter/innen in der AK DWBO letztlich Verschlechterungen, speziell für die Mitarbeitenden der ambulanten Pflege, zustimmen, um die Einrichtungen noch in der Diakonie zu halten?

Bisher haben sich unsere Vertreter/innen, oft zähneknirschend, weil es außer der ungerechten Refinanzierung keinerlei Sachargument gibt, Mitarbeitende in der ambulanten Pflege schlechter zu stellen, noch immer für die zweite Variante entschieden.

Wenn die Diakonie aber nicht mit allen verfügbaren Mitteln auf Abhilfe bezüglich der schlechten Refinanzierung dringt, stellt sich die Frage für uns noch einmal ganz neu.

Das DWBO und die maßgeblichen Gremien dort haben das verstanden und setzen sich mit Nachdruck für eine Pflegevollversicherung, 10,-€ Pflegemindestlohn und einen Pflegepakt auf Landesebene ein, siehe auch: <http://www.diakonie-portal.de/pflege>.

Auch wenn wir mit dgV, DWBO-Vorstand und EVAP keineswegs immer einer Meinung sind, halten wir deren Positionierung in diesen Fragen für gut und tragen diese mit.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie nicht um eine weitere Antwort, sondern um ein schnelles, klares und öffentlichkeitswirksames Eintreten der Diakonie Deutschland für eine angemessene Refinanzierung der Pflege im Bundestagswahljahr mit der geschilderten Zielrichtung, zu der auch der Pflegemindestlohn gehört.

In der Hoffnung auf eine ermutigende Reaktion von Ihrer Seite

verbleibt mit freundlichen Grüßen für den AGMV-Vorstand

  
Detlev Seeger